



Empfangspalter für die Kommunalpolitiker: Gegner der geplanten Biogasanlage in Roßdorf machten vor dem Sitzungssaal ihrem Unmut in Wort und Bild Luft. Foto: Privat

„Skandal“ im Sitzungssaal

Biogasanlage Roßdorf: Parlament lässt Diskussion über neuen Standort nicht zu

Bruckköbel (top). Einen neuen Höhepunkt erlebte der Streit um die geplante Biogasanlage in Roßdorf am Dienstagabend in der Versammlung der Bruckköbeler Stadtverordneten. Empörte Bürger skandierten im Sitzungssaal „Beschiss“ und „Schlebung“. Auslöser war die Absetzung von der Tagesordnung eines Antrags des Bruckköbeler Bürgerbundes (BBB), in dem eine neuerliche Standortsuche für das Projekt gefordert wurde.

Zu einer Diskussion im Parlament ließen es die Grünen erst gar nicht kommen. Die Fraktion stellte vor dem Einstieg in die Sitzung den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunkts. Der Vorstoß des BBB greife in ein laufendes Verfahren ein und sei somit nicht rechtens. Zudem setzte die Wählergemeinschaft erneut auf die Karte Populismus. In einer emotionalen Gegenrede sprach BBB-Fraktionsvorsitzender Rabold von einem „Skandal“ und der „Missbilligung des Bürgerwillens“. Gegen die Stimmen von BBB, FDP und des CDU-Fraktionsvorsitzenden Keim wurde der Antrag von der Tagesordnung genommen. Daraufhin kam es zu lauten Unmutsbekundungen seitens der rund 50 erschienenen Bürger, dem Ausruf „Es gibt ja wieder Wahlen“, Buhrufen und diversen Beschimpfungen. Stadtverordnetenvorsteher Demuth (CDU) musste von seinem Hausrecht Gebrauch machen: Die Protestler mussten ihre Transparente einrollen und den Saal verlassen.

Bürgermeister Maibach (CDU) folgte den wütenden Bürgern und erklärte ihnen, so Maibach gestern im Gespräch mit dem HANAUER, dass ein unabhängiges Fachbüro die Ergebnisse der Untersuchungen überprüfen werde. Sollte eine Geruchsbelästigung der Bürger in Roßdorf zu erwarten sein oder die Verkehrsanbindung nicht gewährleistet werden können, werde es nicht zu einer Realisierung der Anlage kommen. Gegenüber dem HA räumte Maibach ein, dass es für die Stadt „knifflig“ werde, wenn der Standort sich als nicht geeignet erweisen sollte. Die Stadt verfüge nicht über geeignete Ausweichflächen. „Dann müssten wir sehen, dass uns ein Landwirt einen Acker verkauft.“ Einwände könnten die Bürger noch bis einschließlich Freitag im Rahmen der Offenlegung im Rathaus vortragen.

Rabold: „Ein einmaliger Vorgang“

In dem Antrag zur „Ermittlung einer objektiv geeigneten Fläche für ein Sondergebiet Biogasanlage“ hatte der BBB die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 21. April gefordert. Nach Abwägung der „objektiven Kriterien“ sollte die „geeignete Fläche“ ermittelt werden. Der BBB begründete seinen Antrag: Spätestens der öffentliche Erörterungstermin in Roßdorf habe gezeigt, dass der vorgesehene Standort bei der Bevölkerung keine Akzeptanz finde.

BBB-Fraktionschef Rabold erachtet die

Absetzung des Antrags als „einmaligen Vorgang“. „Man hat sich einer demokratischen Meinungsbildung entzogen, weil man wahrscheinlich keine Argumente für die Anlage hat“, sagte Rabold gestern dem HA. Er mutmaßt, dass der Standort nicht nach objektiven Kriterien, sondern nach den Interessen der Investoren ausgesucht worden sei. Die Kritik der Anlagenbefürworter, dass die heutigen BBB-Abgeordneten 2007 im Verbund mit dem damaligen Bürgermeister Roth (früher CDU, jetzt BBB) für die Ausweisung der Bevorratungsfläche für eine Biogasanlage gestimmt hätten, lässt Rabold nicht gelten. Damals habe man von einer Anlage mit einer Leistung von 0,5 Megawatt gesprochen, nun solle aber eine 1,5-Megawatt-Anlage errichtet werden. „Dafür ist die vorgesehene Fläche zu klein.“

Vor Beginn der Stadtverordnetensitzung hatten die Mitglieder der Bürgerinitiative vor dem Rathaus mit Transparenten Spalier gestanden. „Stoppt den Wahnsinn“, „Bürgermeister Maibach, haben Sie Roßdorf vergessen?“ und „Wo sollen wir Kinder spielen bei den Schleppern?“ lauteten die Slogans. Am vergangenen Freitag hatte die Bürgerinitiative zum Auftakt der Kreistagssitzung im Main-Kinzig-Forum Gelnhausen eine Liste mit 860 Unterschriften von Gegner der Anlage an Landrat Erich Pipa (SPD) übergeben, der versprach, sich in den nächsten Tagen vor Ort in Roßdorf über die Causa Biogas zu informieren.